

# Politik soll bei sich selbst sparen

UNNA. Ein SPD-Antrag kann die umstrittenen Sonderzahlungen für die Vorsitzenden von Fachausschüssen nun doch zu Fall bringen.

Von Thomas Raulf

Die umstrittenen Sonderzahlungen für die Vorsitzenden politischer Ausschüsse sind möglicherweise schon bald vom Tisch. Auch die SPD-Fraktion will sie jetzt ablehnen und insgesamt der Politik mehr Sparsamkeit bei sich selbst verordnen.

Wer einem Ausschuss des Rates vorsitzt, bekommt von der Stadt 400 Euro monatlich als Aufwandsentschädigung,

egal wie hoch der Aufwand ist. Diese Vergütung pauschal zu streichen, sei nicht zulässig, hatte der Bürgermeister unter Berufung auf einen Landeserlass erklärt. Seitdem verzichten einige Ausschussvorsitzende freiwillig auf die Zahlung, andere nicht. Der FLU-Fraktionsvorsitzende Klaus Göldner ist sicher, dass besagte Landesregelung anders interpretiert werden müsse. Er liest eine neuere Klarstellung aus dem NRW-

Kommunalministerium so. Und offenbar ist er damit nicht mehr allein. Im Grunde könne kurzfristig beschlossen werden, die Sonderzahlungen zu streichen, meinte Göldner. Es müsse nur eine Fraktion einen entsprechenden Antrag stellen. Dieser liegt jetzt vor.

Die Höhe dieser Extra-Zahlung sei, gemessen am Arbeitsaufwand, zu hoch, so Volker König, Vorsitzender der SPD-Fraktion. Seine Frak-

tion beantragt den Verzicht auf eine erhöhte Aufwandsentschädigung.

Die Politik müsse ein Zeichen setzen, dass sie auch bei sich selbst sparen wolle, sagte König. Deswegen beantragt seine Fraktion nun auch je zehnprozentige Kürzungen der Sockelfinanzierung von Fraktionen und der Zuwendungen an alle Ratsmitglieder. Auch FLU und Bündnisgrüne hatten sich für Kürzungen ausgesprochen.